

## 020. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages, 17.06.2015

### Rede von MdL André Schollbach zum Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE „Gesetz über die Einführung einer kommunalen Privatisierungsbremse im Freistaat Sachsen“ (Drucksache 6/2583)

- Auszug Protokollmitschrift / Es gilt das gesprochene Wort! -

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Irgendwo taucht ein Haushaltsloch auf, und sogleich wird eifertig nach Privatisierung gerufen – das bringe den Kommunen Geld in die Kasse, mache Dienstleistungen billiger und sei zudem von Vorteil für die Bürgerinnen und Bürger. Das wurde und wird von den Apologeten der Privatisierung immer wieder behauptet. In Sachsen wurde in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten eifrig kommunales Tafelsilber verscherbelt. Was für die Menschen wichtig ist und womit sich Geld verdienen lässt, weckte und weckt nach wie vor das Interesse privater Konzerne, ganz gleich, ob es sich dabei um Wohnungen, Krankenhäuser, Altenheime, Wasser, Abwasser, Strom, Gas oder Wärmeversorgung handelt.

(Zuruf des Abg. Andre Barth, AfD)

Eine der umstrittensten und weitreichendsten Privatisierungen wurde von der CDU und ihren Helfershelfern 2006 hier in Dresden durchgezogen.

(Unruhe bei der CDU)

- Ich wusste, dass Sie das aufregen wird.

(Christian Hartmann, CDU: Mich nicht!)

Ganz ohne Bürgerentscheid wechselten mit dem Totalverkauf der Dresdner Wohnungsbaugesellschaft Zehntausende Wohnungen den Eigentümer. Damals wurde allen Ernstes von einem Mieterparadies schwadroniert. Die Mieterinnen und Mieter versuchte man mit einer sogenannten Sozialcharta zu beruhigen.

(Ines Springer, CDU: Wir sind im Landtag, nicht im Stadtrat!)

Wie sich später zeigte, war das weniger ein scharfes Schwert zur Verteidigung der Mieterinteressen als vielmehr ein zahnlöser Tiger, der keinen Schrecken zu verbreiten vermochte.

(Beifall bei den LINKEN- Christian Piwarz, CDU: So ein Unsinn!)

Heute, zehn Jahre nach dem Woba-Verkauf und unzähligen Mieterhöhungen, redet hier niemand mehr vom Mieterparadies. Aber nicht nur städtische Wohnungen, auch kommunale Krankenhäuser wecken immer wieder das Interesse der Privatisierer. Francesco De Meo, Geschäftsführer der Helios-Kliniken, sagte dazu das Folgende: „Krankenhäuser sind ein interessantes Geschäft. Und wenn man sie gut führt, dann sind sie auch ein ganz gutes Geschäft.“ Nun, meine Damen und Herren, was private Kran-

kenhauskonzerne unter guter Führung verstehen, dafür gibt es inzwischen bundesweit durchaus eindrucksvolle Beispiele.

(Zuruf der Abg. Christine Clauß, CDU)

Das Prinzip ist stets das gleiche: Da wird Personal abgebaut, es gibt Lohndumping bei den Pflegekräften und einfachen Mitarbeitern – und schon stimmt es mit der Rendite.

(Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU: Dummes Zeug!)

Privatisierungen von Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge erweisen sich regelmäßig als nachteilig für die Bürgerinnen und Bürger. Dem wollen wir von den LINKEN endlich Einhalt gebieten, und deshalb wollen wir die Hürden für die Privatisierung kommunalen Tafelsilbers deutlich erhöhen.

(Beifall bei den LINKEN – Widerspruch bei der CDU)

Für den Verkauf einer Einrichtung der kommunalen Daseinsvorsorge soll nach unserem Willen künftig keine einfache Mehrheit im Gemeinderat mehr genügen, wie dies bislang der Fall ist. Wir schlagen stattdessen vor, dass künftig ein solcher Verkauf nur unter der Voraussetzung stattfinden darf, dass entweder mindestens zwei Drittel der Gemeinderatsmitglieder zugestimmt haben oder die Bürgerinnen und Bürger sich im Rahmen eines Bürgerentscheids für eine solche Veräußerung aussprechen.

Meine Damen und Herren! Die Privatisierungsbremse ist nach unserer Auffassung ein geeignetes Instrument, um zwei Kernanliegen bürgernaher Politik zu verwirklichen, nämlich einerseits die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge und andererseits die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den wesentlichen kommunalpolitischen Entscheidungen. Deshalb, meine Damen und Herren, werbe ich für den Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE zur Einführung einer kommunalen Privatisierungsbremse im Freistaat Sachsen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den LINKEN)